

friedensfähig (12/2025) - 27.11.2025

Die Bundeswehr soll die größte Armee in Europa werden. So hat Bundeskanzler Merz begründet, warum hunderttausende Millionen Euro für das Militär ausgegeben werden sollen. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht es viel mehr Soldaten als bisher. Die jetzige und auch die vorherige Bundesregierung haben das der NATO fest zugesagt.

Da gibt es nur einen Haken: 2011 wurde die Wehrpflicht ausgesetzt. Man dachte, dass genügend junge Männer und Frauen freiwillig zur Bundeswehr gehen würden. Aber das ist nicht passiert. Daran haben auch die immer aufdringlicheren Werbekampagnen und die immer größere Präsenz der Bundeswehr auf Jobmessen oder Volksfesten nichts geändert. Schon unter der alten Bundesregierung wurde darüber diskutiert, was getan werden müsste, um genau so viele Soldaten und Soldatinnen zu kriegen, wie gebraucht werden.

Am 5.12. ist es so weit. Der Bundestag wird über das neue Wehrdienst-Gesetz beraten. Es ist geplant, dass es zwei Wochen später verabschiedet wird und am 1. Januar 2026 in Kraft tritt.

In vielen Städten bundesweit rufen Schülerinnen und Schüler an diesem Tag zum Streik gegen den Wehrdienst auf. Sie schreiben:

Es heißt, wir sollen für Deutschland Krieg führen können. Doch was ist eigentlich mit unserem **Recht in Frieden zu leben** und selbst zu entscheiden, wie wir unser Leben führen wollen? Wir wollen nicht ein halbes Jahr unseres Lebens in Kasernen eingesperrt sein, zu Drill und Gehorsam erzogen werden und töten lernen.



**Krieg ist keine Zukunftsperspektive
und zerstört unsere Lebensgrund-
lage.**

**DESHALB GEHEN WIR AM 05.12.
NICHT ZUR SCHULE!
WIR STREIKEN GEGEN DIE
WEHRPFLICHT & ALLE
ZWANGSDIENSTE!**

**In Friedberg treffen sich Schüler und
Schülerinnen ab 11:30 Uhr auf dem
Elvis-Presley-Platz**

**Mehr Informationen unter
schulstreikgegenbundeswehr.com
oder auf Instagram**

Wie sieht das Gesetz aus?

Alle jungen Männer, die die deutsche Staatsangehörigkeit haben, werden per Post aufgefordert, einen Fragebogen auszufüllen. Da werden alle persönlichen Daten abgefragt, zu Interessen, Fitness, Hobbys, Vereinen, Schule, Ausbildung, Arbeitsplatz usw. Es kann angegeben werden, ob man überhaupt zum Bund will oder nicht (Bund = Abkürzung für Bundeswehr). Es ist Pflicht, diesen Fragebogen auszufüllen.

Im nächsten Schritt werden alle Männer des Jahrgangs zur Musterung eingeladen. Wenn sie körperlich und geistig fit sind werden sie als „tauglich“ registriert. Dann können sie eingezogen werden.

Alle sechs Monate soll der Bundestag einen Bericht bekommen, ob es ausreichend taugliche Männer gibt, die freiwillig zum Bund wollen. Wenn das nicht der Fall ist, kann der Bundestag beschließen, dass die Wehr-Pflicht wieder kommt. Dann können auch diejenigen eingezogen werden, die nicht Soldat werden wollen.

Ab Geburtsjahrgang 2008 wird das Jahr um Jahr so weitergehen. Aber im „Spannungs-“ oder „Verteidigungsfall“ kann es auch Männer aus älteren Jahrgängen – bis zurück zum Jahrgang 1992 – treffen. Von denen werden die Daten aus den Registern der Einwohnermeldeämter gesammelt. Im „Ernstfall“ will man schließlich wissen, wo sie zu finden sind.

Wie in den Zeiten vor dem Aussetzen der Wehrpflicht, kann der „Kriegsdienst mit der Waffe“ aus Gewissensgründen verweigert werden. Das steht im Artikel 4 des Grundgesetzes. Wer nicht Soldat werden will hat daher die Möglichkeit, einen Antrag auf Kriegsdienstverweigerung zu stellen.

Und die Frauen? Es heißt, dass sie auch angeschrieben würden und sie den Fragebogen ausfüllen können. Sie müssen aber nicht und können deshalb auch nicht verweigern.

Auf der Webseite der Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte Kriegsdienstgegner:innen dfg-vk.de kann man **Informationen** finden, **wie Kriegsdienstverweigerung geht**. Dort gibt es auch Kontakte für eine persönliche Beratung.

**Wenn sie morgen kommen und sagen,
du sollst für Deutschland Krieg
führen können, dann gibt es nur eins:**

Sag Nein!

(frei nach Wolfgang Borchert)

www.wetterau-aktionfrieden.de

ViSDp: Monika Bootz - Usagasse 26 - Friedberg